

„Ein Stück Scheinheiligkeit“

Das Wagner-Verbot in Israel / Von Bernard Levin

In einem Beitrag der Londoner „Times“ attackiert der britische (jüdische) Journalist Bernard Levin die israelische Regierung, weil sie noch immer verbietet, Wagner und Richard Strauss in Israel zu spielen.

Zur gleichen Zeit, da der westdeutsche Außenminister Scheel Israel besuchte, mußte sich der Chef des israelischen Rundfunks dafür entschuldigen, daß sein Sender versehentlich einige Takte Musik von Wagner und Richard Strauss gespielt hatte — entgegen dem Verbot, diese beiden Komponisten zu spielen.

Dieses abstoßende Verbot, das seit der Gründung Israels im Jahre 1948 besteht, konnte in den frühen Tagen des Staates hingenommen werden als verständliche, wenngleich unlogische Reaktion gegen Deutschland und alles Deutsche. Richard Strauss war in der Nazi-Zeit ein Heuchler, Wagner war antisemitisch, und man hätte schon sehr kaltherzig sein müssen, wenn man so kurz nach dem Ende der Massenvernichtung diese Entscheidung der Verantwortlichen Israels verurteilt hätte.

Aber was genug ist, ist genug. Nicht nur, daß Westdeutschland seither oft bewiesen hat, für immer mit seiner Vergangenheit gebrochen zu haben. Nicht nur, daß bei Hitlers Machtergreifung die Mehrheit der gegenwärtigen deutschen Bevölkerung noch gar nicht geboren und die überwältigende Mehrheit noch nicht alt genug war für ein politisches Bewußtsein. Nicht nur, daß Israel und die Bundesrepublik seit Jahren beste Beziehungen haben, mit aller diplomatischen Repräsentation.

Tatsache ist: Dieses Verbot ist ein häßliches und unentschuldigbares Stück von Scheinheiligkeit.

Gewiß, Wagner war antisemitisch, aber das konnte ihn nicht daran hindern, den führenden jüdischen Dirigenten seiner Tage, Hermann Levi, zu verpflichten und seine Musik von ihm dirigieren zu lassen.

Hitler mochte Wagner; nun, dabei befand er sich in guter Gesellschaft. Auf der Liste der Wagner-Liebhaber stehen Bernard Shaw, Thomas Mann, Joyce, Proust, Wilde, Cézanne und praktisch alle großen Komponisten und Dirigenten seit Wag-

ners Tagen — vor allem die jüdischen (einschließlich Mahler und Bruno Walter). Gelten sie alle als Nazi-Sympathisanten?

Weiter: Was wäre, wenn die Israelis es mit diesem Verbot ehrlich meinten und es auf die Werke anderer Antisemiten ausdehnen würden? Sind die Romane von Dostojewski in Israel verboten? Und wenn nicht, warum nicht? Ist Luther verboten?

Nun zu Richard Strauss. In seinem Fall ist der israelische Standpunkt noch unhaltbarer, wenn das überhaupt möglich ist. Strauss war niemals antisemitisch und gewiß niemals ein Nazi, und sein schlimmstes Verbrechen war, daß er für ein ruhiges Leben den Mittläufer spielen mußte. Doch seine Musik ist ebenfalls in Israel verboten, offensichtlich, weil er während der meisten Zeit der Hitler-Ära ungeniert in Deutschland lebte. Sind aber

Furtwängler-Schallplatten heute in Israel verboten? Sind es die Bücher von Hans Fallada?

Vor einigen Jahren entschloß sich Jascha Heifetz während einer Konzert-Tournee durch Israel, dem Verbot zu

trotzen und einige Stücke von Strauss zu spielen. Als das bekanntgegeben wurde, griff ein Fanatiker Heifetz mit einer Eisenstange an und verletzte ihn am Arm; Heifetz konnte von Glück reden, daß er nicht zum Krüppel wurde. Ich habe keinen Zweifel, daß die israelische Regierung Tränen des Abscheus vergoß, aber wenn es so war, dann waren es Krokodilstränen, denn die Haltung der Regierung ist die Ursache dieser Wahnsinnstat.

Es muß ganz brutal gesagt werden: Israel macht das gleiche, was die Nazis mit der Musik von Mendelssohn und Meyerbeer machten — es verbietet die Musik großer Komponisten aus nicht-musikalischen Gründen. Und wenn seine Führung zu taub, zu spießig oder zu feige ist, dem ein Ende zu setzen, dann müssen wir sie beschämen, damit sie es tut.

„Und Israel“, sprach der Herr zu Salomon, „wird ein Sprichwort und eine Fabel sein unter allen Völkern.“ Wofür? Für Intoleranz?



Richard Wagner

WÄHRUNG

Bald weichgeklopft

Eine Flut heißer Dollars überschwemmte Frankreich. Erstmals in der Geschichte geriet der Franc in Aufwertungsverdacht. Bonn kommt die Spekulationswelle nicht ungelegen.

Der Doppelminister dementierte. Am Abend vor Frankreichs höchstem Staatsfeiertag, dem 14. Juli, eilte Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing vor die Fernsehkameras, um den Franc vor den Spekulanten zu retten: „Die Aufwertung des Franc widerspricht jeder Vernunft“, so der Währungsstrategie. Und: „Es ist nicht im Interesse der französischen Wirtschaft, den Franc-Kurs zu erhöhen.“

Die Fernseh-Rede war bereits der zweite Versuch, die Devisenflut, die auf den Kurs des Franc drückt, durch Beleuerungen aufzuhalten. Schon acht Tage zuvor hatte Giscard im Wirtschafts- und Sozialrat verkündet, alle Spekulationen auf eine Verteuerung der französischen Valuta an den Devisenmärkten seien „monetäre Phantasie“.

Der Franc war ins Gerede gekommen, nachdem die Pariser „International Herald Tribune“ geschrieben hatte, Westdeutschlands Willy Brandt und Frankreichs Georges Pompidou hätten bei ihrem Treffen auf dem Rhein Anfang vorletzter Woche einen Geheimpakt geschlossen. Darin seien sie übereingekommen, die Bandbreiten, innerhalb derer die europäischen Währungen um den Dollar schwanken dürfen, vom Herbst dieses Jahres an zu erweitern. Für die Zusage zu einem solchen EWG-Pakt gegen den Dollar habe sich Pompidou Brandts Versprechen eingehandelt, den Kurs der Mark dann wieder zu fixieren.

Obwohl Bonn und Paris das Gerücht dementierten, zogen die internationalen Geldhändler aus den Meldungen zum erstenmal den Schluß, daß der Franc, der in den vergangenen Jahrzehnten immer nur abwertungsverdächtig war, bald auch aufgewertet würde. Sie tauschten daher ihre Dollars eiligst in die aufwertungsverdächtige Valuta um. Vorletzte Woche schafften die Spekulanten insgesamt etwa 300 Millionen Dollar (rund eine Milliarde Mark) auf französische Konten. Giscard's Notenbankpräsident Olivier Wormser beschloß deshalb eine Erhöhung jener Reserven, die Frankreichs Banken für ihre Einlagen und Kredite bei der Zentralbank zu hinterlegen haben.

Denn die heißen Gelder drohen den Stabilitätskurs der französischen Regierung ebenso zu unterlaufen wie zuvor die Antinflationspolitik der westdeutschen Bundesregierung. Anders als die Bundesbank, die im letzten Herbst mit ihren hohen Zinsen nur immer mehr